

Bezugspreise
für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
20,25 Mk., durch die Post 22,50 Mk.,
einzelheft, 30 Pfennig, Abbestellungs-
bestellungen werden von all. n. Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen, Zeitungsbestellung mit:
Einschaltung eingetragenen, für
unverlangt eingegangene Annon-
sen wird keine Gewähr übernom-
men. Rücksendung nur mit der
Quellenangabe. Halle-Druckerei
Gottfried. Fernr. der Geschäftsleitung
1140, der Anzeigenleitung, Nr. 11 4
n. 7011, der Bezugsleitung, Nr. 11355

Abend-Ausgabe.

Landeszeitung

Überausfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise
Die 8 gefaltene 34 mm breite Millimeter
meters des Halle-Druckerei, Nr. 11, 4
Sommerleistungen 40 Pf. Restante
des 22 mm breite Millimeterzettel
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unverlangt eingegangene, für un-
verlangt eingegangene Annon-
sen wird keine Gewähr übernom-
men. Rücksendung nur mit der
Quellenangabe. Halle-Druckerei
Gottfried. Fernr. der Geschäftsleitung
1140, der Anzeigenleitung, Nr. 11 4
n. 7011, der Bezugsleitung, Nr. 11355

Nr. 580.

Freitag, Sonnabend, den 11. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Demokratischer Parteitag in Nürnberg.

Die Beamtenderzählung vom Reichsrat angenommen / Bayern Widerstand gegen das Sperrgeleß
Danzigs Bekenntnis zum Deutschtum

Fall Kahn.

Die Suche nach dem Schuldigen.

Zunächst, wenn eine politische Wende in die Wege eines öffentlichen Stadts ab zu wird, ein Einbezug herausgerufen, um den Sturm zu beschwichtigen. Im Falle Kahn hat das Reichsstaatsminister ein Ministerialrat - Demut ist sein Name - nämlich beurteilt und Disziplinuntersuchung gegen ihn eingeleitet. Er soll den Minister v. Hammer über die Kabinetsverträge mit den Deutschen Werken A.-G. unrichtig oder unvollständig, oder gar nicht unterrichtet haben. Und wenn nun dieser eine Unglücksdattel in die Waage fällt, glaubt man, daß die Sache erledigt sei. Wirkliche Aufklärung! Der Fall ist viel zu verwickelt und seine Gründe viel zu tief, um nach dem Hinabwurf eines Beamten ab acta geleitet werden können. Ist Dr. Kahn, Führer einer der Reichsvereine des Hauptansatzes des Reichs-Gez. genau verhaftet? Bei dem hochherzigen des parlamentarischen Stromes hat das nicht so leicht. Was ganz kurz die Einzelheiten: Der 27jährige Großhändler Kahn schloß sich mit den Deutschen Werken A.-G. einer für ihn außerordentlich vorteilhaften Vertrag an. Die Deutschen Werke sind eine Art Zwischengebilde von Staats- und Privatbetrieb. Sie sind die Erbsenverwaltung der verrotteten und verfallenen Kriegsinindustrie des Staates. Sie haben u. a. die Aufgabe, die alten Werkzeugmaschinen, die der Beamte in seiner kaufmännischen Unbeholfenheit nicht los wurde, mächtig günstig für das Reich zu vermarkten. Das wurde nun erst recht vereinfacht. Es meldete sich der Jüngling Kahn, nach empfangen von der Diktator-Gesellschaft. Warum auch nicht? Er hatte bereits durch geschickten Handel mit Kornitern, Baumzweigen, Holz und schließlich ein Talent bewiesen. Die Diktator-Gesellschaft war bereit, ihm jede Mühen, die er zur Aufklärung beizubringen, vorzutragen. Also für hatte Vertrauen. Aber die Vertreter der Deutschen Werke, die dem Reichsstaatsminister als dem Hauptaktionäre ihres Unternehmens Angehörigkeit schuldig sind, hätten mehr nach dem Grundtag Trau, Schau, Heim, handeln sollten. Herr Kahn erhielt nach dem Vertrag alle freiverwendenden Werkzeugmaschinen und Spezialmaschinen für 88.400 Mark. In die 47.000 Mark davon seines Material berechnete nach dem doppelten Tages-Schrotpreis. Von dem restlichen Werkpreis braucht Kahn nur die Hälfte an die Werke zurückzahlen. Außerdem wird er noch durch eine Provision von 5 bis 12 Prozent belohnt. Vor ad Wenden, als der Vertrag abgeschlossen wurde, fanden gerade die Schrottspreise. Seitdem ist der Preis für die Tonne von 1050 Mark auf 1600 Mark gestiegen. Schon dadurch hat Kahn ein Millionenvermögen gemacht. Aber erst das Geschäft mit den nicht beschriebenen Maschinen! Er bis 8000 Mark erhält er hier heute für die Tonne. Das macht schon beim Verkauf von 10.000 Tonnen für ihn einen Gewinn von 30.000.000 Mark. Wenn man das merkwürdige als Vermögenszuwachs kalkulieren könnte! Aber das hat nicht so einfach. Die Ungleichheit, der Reichsgeldbeutel hat b. e. v. in Nürnberg als seinen Verlust zu buchen, alles durch die bodenlose Dummheit eines solchen Abkommens, das übrigens noch andere fast ungläubliche Bestimmungen zum Schaden des Staates enthält, so ein Neugebilde von 10 Prozent des Unterwertes zwischen dem Maschinen und dem Schrottspreis für alle Maschinen, die das Reich bestallen will. Weder die Reichsstaatsministerialrat noch das Reichsstaatsminister wurden von dem Abschluß dieses Vertrages vorher verständigt, obwohl die Deutschen Werke bei Objekten über 100.000 Wert dazu verpflichtet sind. Man hat versucht, den getriebenen Händler zum Rücktritt vom Vertrage zu bewegen. Aber Herr Kahn hat seinen Grund, es sei denn, man will ihn Kettenhändler oder Wüder nach und des ist noch nicht möglich. Der Reichsstaatsminister hat allen Sachverständigen des Reiches eingeladen, um die Schuldigen zu befragen. Aber das Unglück ist doch geschehen, und es tobt bereits der Kampf in der politischen Arena. Merkwürdigerweise nimmt die Sozialdemokratie, sonst die Hüterin der geschickten Jugend und der feinen Staatskräfte, der kapitalistischen Kahn und die Deutschen Werke in Schutz. Die Diktation der Werke habe einig die Wirtschaftskräfte nicht richtig beurteilt. Die Idee gehe die Werke habe nur den Zweck, die 40.000 Arbeiter und Angestellten in privatkapitalistische Hände zu bringen. Ein verdorbenes Gewerbe. Die Sozialdemokratie sollte sich über gegen den Vornur verteidigen, daß sie ihrem Kapitalisten Sklarz gefällig sein will. Einer der Wüder Sklarz ist Teilhaber der Siemens-Schulze und Oppler in Berlin und diese Firma soll den jungen Kahn vorbestellen haben. Eine nette Scheibung. Es muß gründlich aufgeföhrt werden.

Demokratischer Parteitag in Nürnberg.

Die erste der Veranstaltungen, die der Eröffnung des demokratischen Parteitages in Nürnberg vorauszugängen, war eine

Tagung des Reichsbundes deutscher demokratischer Studenten.

Zwanzig Universitäten waren vertreten, darunter besonders herzlich begrüßt die Vertreter Wiens, des bestlehten

Gebietes und Ostpreußens. Der Vertreter Wiens, Fleischmann, sprach im Sinne aller Anwesenden den Wunsch aus, daß die Verbindung der Deutschen Demokratischen Studentengruppen Wiens mit dem Reichsbund der deutschen demokratischen Studenten eine gute Vorbildung sei für den heftigsten Zusammenschluß aller deutschen Studenten im freien Groß-Deutschland. Der Vorsitzende des Reichsbundes deutscher demokratischer Studenten, Mommen (Berlin), gibt einen Bericht über die Entwicklung der deutschen demokratischen Studentengruppe mit Gründung des Reichsbundes im Dezember 1919. Neugegründet wurden die Gruppen in Würzburg, Tübingen, Erlangen und Gießen. Es folgte eine rege Aussprache über die Arbeit für die Demokratie an den deutschen Hochschulen. Die Vormittags-Sitzung wurde geschlossen mit einer Ansprache von Prof. Göß (Leipzig), der die Studenten ermahnte, sich nicht vom praktischen und politischen Leben abzuschließen, sondern innerhalb der Partei gegen Verquickung und Interfessionen politisch die Kräfte der Lage zu stellen. Die Eingabe an den nationalen Gedanken ist selbstverständliche Pflicht jedes demokratischen Studenten. Prof. Göß forderte die hitzige Erneuerung der studentischen Jugend, deren Beruf es sei, mit einem Idealismus der Zeit in allen nationalen, sozialen und kulturellen Bestrebungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu wirken. Die Nachmittags-Sitzung beschäftigte sich mit Organisationsfragen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl Mommen (Berlin) als Vorsitzenden, Fran (Frankfurt) und Franl (Heidelberg) als stellvertretende und Fleischmann (Wien) zum beratenden Vorstandsmitglied.

Der Parteitag gehört den Vorbesprechungen zahlreicher Sonderorganisationen der Partei. Am reichsten war die Jugend auf dem Plan. Unter Vorsitz des Nebactuors, Wiesner, beriet

Der Reichsjugendbund

über die Stellung der demokratischen Jugendbewegung zur Partei und zu den übrigen Bestrebungen der modernen Jugend.

Der Parteausschuß

war unter Vorsitz von Dr. Peterlen kurz besessen, um nach dem Vorschlag des Abg. Jensen das Büro und die Wahlen vorzubereiten. Es wurden vorgelesen zu Bericht des Parteitaages die vier Parteivorstände: Tr. Vetteren, Universitätsprofessor Gerlan, d. württembergischer Staatspräsident Hieber, Günther (Pflaumen) und Fran Abg. Bäumer, u. u. Weingärtner Reichstagsabgeordneter Schiffer, Kommerzienrat Gröner (Nürnberg), Zucker (Pflaumen), Kommerzienrat Oberlein (Nürnberg), Direktor Königswarter (Sannover), ferner Direktor Meinen (Berlin), Müller (Stettin) und Abg. Erlesen. Der Parteitag stimmte diesem Vorschlag zu. Für die Zusammenfassung des neuzubildenden Parteausschusses, des neuen Parteivorstandes und des Revisionsausschusses wurden die Vorschläge einer Kommission überwiesen, die dem Parteitag berichten soll.

Eine rechte Beschlüsse

Retrettertagung der demokratischen Angehörigen und Arbeiter. Reichstagsabgeordneter Ziegler führt mit lebhaftester Teilnahme Vortrag über Arbeiterbewegung und Demokratie. Er und seine Parteikollegen verwehren sich gegen etwaige Vorwürfe, Klassenpolitik zu treiben. Er verlangt deshalb starken Einfluss der demokratischen Arbeitnehmer auf die Partei, beurteilt den 3. Mai in den letzten Jahren als ein Zentrum aus einem rein tatsächlichen Zug des Zentrums, der zu keiner Spaltung führen werde und schließt unter lebhaftem Beifall und wiederholten Juchens der Versammlung eine Diskussion zwischen deutscher Volkspartei und demokratischer Partei ab.

Ein Ausschuss des Mittelstandes

von Handwerkern, Kleinrentnern und Angehörigen der Arbeiterklasse, beauftragt die Reichstagsabgeordneten und Handwerker, meisters Verlichta (Leipzig) mit den Vorklären zur Gründung eines Mittelstandsausschusses.

Im Saale des Künstlerhauses tagte eine ständige Untersuchungsausschuss, der zunächst einen Geschäftsbericht von Frau Ullrich entgegennahm.

Die Beamtenderzählungsfrage.

Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen, angeführt von dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsitzender Abgeordneter Segerwald) hat, wie er mitteilt, in seiner am Freitag abgehaltenen Hauptversammlung eine Entschiedenheit einstimmig angenommen, die er u. a. heißt: Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen vermag in der beschriebenen Situation keine ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, um der großen Not in der Beamtenschaft wirkungsvoll zu steuern. Wenn er auch anerkennt, daß die Erhebung der Zulassung zu den

Kinderzulagen, die mit Rückwirkung vom 1. Oktober durchgeführt und nach vor Weiskopf ausgesetzt werden, eine benachteiligte Klasse der Beamtentamilien mit Kindern gegenüber, so bedeutet er doch, daß der Reichstag und die Reichsregierung sich nicht haben entschließen können, auch den Kindern Familien und den übrigen Beamten einen Zuschuß zu gewähren. Die Haltung ist um so erfreulicher, als die Reichsregierung durch Zahlung des Januarbeitrages schon am 15. Dezember d. J. selbst zugegeben muß, daß ihre Diskussion nicht ausreicht, um wirklich zu helfen. Mag diese Bezahlung auch für den Augenblick die Not weniger sichtbar machen, so muß die doch im Januar umso stärker austreten. Die Regierung wird daher erlitten, schon jetzt ihr Augenmerk auf die unvermeidliche Entzweiung zu richten. Die 6.000.000 markige Zusatzzahlung des neuen Dienstleistungsbeamten, wird begrüßt. Die reichhaltige Dotation der Unterhaltungsämter ist anzuerkennen, doch will die Beamtenschaft nicht auf Sonderzulagen angewiesen sein, sondern einen Rechtsanspruch auf ihre gesamten Bezüge behalten.

Einleitend der Arbeiterforderungen ergab an Regierung und Reichstag das dringende Ersuchen, die Verhandlungen im Geiste des Engagements und die Beschränkung zum Abschluß zu bringen, daß auch hier noch vor Weihnachten die finanzielle Auswirkung möglich ist.

Von der endgültigen Gestaltung dieser letzten Beschlüsse mag der Gesamtverband sein weiteres Verhalten abhängig. Vom Deutschen Beamtenebund geht uns folgende Erklärung zu: Der Deutsche Beamtenebund stellt fest, daß weder Erlöse noch Vermögensgegenstände der gesellschaftlich organisierten Beamtenschaft das verhältnismäßige Recht nehmen können, lebenswichtige Verbesserungen mit allen demokratischen Mitteln zu erkämpfen.

Die im Deutschen Beamtenebund zusammengeschlossenen Beamten halten aber die allgemeine politische Lage des deutschen Volkes zurecht für zu ernst, daß sie in größtmöglicher Wahrnehmung des ihnen verfassungsmäßig obliegenden Dienstes am Volk im gegenwärtigen Augenblick nicht gewillt sind, von dem letzten demokratischen Mittel Gebrauch zu machen. Der Deutsche Beamtenebund kann und will jedoch mit diesem Entschluß seine bisherigen wirtschaftlichen Forderungen nicht preisgeben; er fordert noch wie vor eine unerschütterliche Aufrechterhaltung des Dienstleistungsstandes der Beamten an die allgemeine wirtschaftliche Lage und jene Einstellung des Staates zum Staatsdienst, die allein die staatsrechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtenstandes gewährt.

Die Beamten-Kinderzuschläge vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat hat gestern den vom Reichstag abgeänderten Vorschlag über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920, in dem es sich um die Erhöhung der Kinderzuschläge für die Beamten handelt, einstimmig angenommen.

Bayerns Widerstand gegen das Sperrgeleß.

Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde gestern das Gesetz zur einseitigen Regelung der Beamtenbesoldung beraten. Vertreter verschiedener Parteien führten aus, daß eine Einheitsfront notwendig sei. Im Namen der Reichsregierung erklärte Geheimrat Schulz, daß die dem Gesetz zustimme. Dagegen trat der bayerische Vertreter gegen das Gesetz auf. Der geringe Rest von Selbstständigkeit der Einzelstaaten nicht genommen werden, auch der bayerische Landtag habe Verwahrung gegen das Gesetz eingelegt, das gegen die Verfassung verstoße. Diefem Einwand wurden entgegengehalten, daß nach einem Gutachten des Reichsjustizministeriums das Gesetz verfassungsmäßig sei. Eine sehr treffende Rede hielt der demokratische Abg. Kullik. Er führt aus, daß ohne Energie die notwendige einheitliche Regelung nicht möglich sei. Der Druck der Reichsbesoldungsordnung unzulässig, gehe sonst durch die Länder. Eine Grenze nach unten liege in der Tendenz des Gesetzes. Man solle die Gemeinden zwingen, endlich Besoldungsordnung allgemein aufzustellen. Die Ausschüsse gehören zur Zuständigkeit der Länder, eine Reichsüberwachungsinstanz sei eine Unmöglichkeit. Darauf wurden § 1, 2 und 3 des Gesetzes im wesentlichen angenommen. Aufstehend war es bei den Beratungen, daß insofern Volkspartei, als Deutschnationale die Anträge der Demokraten, die im Unterhaus abgelehnt worden waren, wieder aufnahm.

Der Kampf um das Reichsnotopfer.

Der Steuerreformkommission des Reichstages begann heute die Spezialberatung zum Gesetz zur Erhebung des Reichsnotopfers. Der demokratische Abg. Debnitz möchte auf die wichtigen Schwierigkeiten aufmerksam, die der Durchführung des § 1 entgegenstehen. Infolge der jährlichen Zu-

